

produziert man mitverantwortlich das, was, insgeheim aber als Vorwand erwünscht, kritisiert wird.

Gerade wer übernational zu denken versucht, wird Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit für alle Völker des Nahen Ostens wünschen. Zu fragen ist, ob die verweigerte Koexistenz und Anerkennung nicht das araber- und israelfeindliche Spiel der Großmächte ermöglicht.

Jerusalem ist kein „Symbol der Versöhnung“ – wie es in der Erklärung heißt –, sondern ein Testfall der Versöhnung für alle Völker. Israel leistete den freien Zugang der Christen, Moslems und Juden in Jerusalem, während die arabische Besetzung der Altstadt Jerusalems den Juden den Zutritt zu der allen drei Religionen heiligen Stadt verwehrte. „Frieden für Jerusalem“ ist kein inhaltsloser Wunsch für die Zukunft, sondern Imperativ der Gegenwart an Juden und Christen für Frieden und reale Schritte der Verständigung heute einzutreten.¹

¹ Vgl. auch: Abba Eban: Diplomatischer Status für die Heiligen Stätten, in: FR XIX, 69/72, S. 49.

6 Resolution „Israel“ der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vom 14. 5. 1968¹

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 14. 5. 1968 in Bad Godesberg einstimmig folgende Erklärung verabschiedet:

„Die Deutsch-Israelische Gesellschaft gibt der Besorgnis ihrer Mitglieder und Freunde darüber Ausdruck, daß die israelisch-arabische Konfliktsituation sich eher erneut zu verschärfen als endlich zu entspannen scheint.

Angesichts der zunehmenden internationalen und auch in der Bundesrepublik feststellbaren Kritik an der israelischen Politik und angesichts einer neuerdings häufiger zu beobachtenden Gleichgültigkeit gegenüber der Kriegsgefahr im Nahen Osten hält es die DIG für angebracht, nachdrücklich auf folgende klar erkennbare Tatbestände hinzuweisen:

1. An der arabischen Politik, die Existenz Israels nicht hinzunehmen, hat sich auch nach dem Junikrieg nichts geändert. Diese Politik ist auf eine Fortsetzung des Krieges und Terrors gegen Israel ausgerichtet und weiterhin von dem Bestreben gekennzeichnet, die Heimstätte des jüdischen Volkes nicht in Frieden bestehen zu lassen. Während Israel jederzeit Verhandlungsbereitschaft und Versöhnungswillen gezeigt hat, weigern sich die arabischen Mächte nach wie vor, mit Israel Verhandlungen über eine dauerhafte Friedensregelung zu führen.

2. Israel hat sich in drei von ihm selbst nicht gewollten Kriegen aus tödlicher Umklammerung, deren erklärtes Ziel der Völkermord war, befreien und einer Kette terroristischer Anschläge erwehren müssen. Deswegen Israel, also das von Aggression bedrohte jüdische Volk, als Aggressor brandmarken zu wollen, stellt eine Verkehrung der Wirklichkeit und historischen Wahrheit dar,

¹ Auf der gleichen Mitgliederversammlung, die unter dem Vorsitz ihres Präsidenten, Bundesinnenminister Ernst Benda, in Bad Godesberg, tagte, hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft auch eine Erklärung abzugeben, die ihre Besorgnis über die Zunahme rechts-extremistischer Tendenzen in der Bundesrepublik zum Ausdruck brachte.

wie sie nur aus Unkenntnis, Verblendung, Gewissenlosigkeit oder Feindschaft erwachsen kann.

3. Mit dem Fortbestehen der von Haß und Unversöhnlichkeit geprägten arabischen Politik und ihrer Rückenbedeckung durch die Sowjetunion besteht auch die existenzielle Bedrohung des israelischen Staates und jüdischen Volkes generell weiter. Die Notwehrsituation ist für Israel generell unverändert geblieben. Nach wie vor hat Israel keine Bündnispartner, auf die es sich in der Stunde der Not stützen kann. Israel ist in seinem Sicherheits- und Selbsterhaltungsbestreben weiterhin darauf angewiesen, sich auf die eigenen Kräfte zu verlassen.

4. Von Israel zu fordern, sich ohne angemessene arabische Friedensgarantien und Gegenleistungen auf den Status quo ante zurückzuziehen, ist gleichbedeutend mit der Forderung, daß Israel im Interesse seiner Gegner und rivalisierender dritter Mächte seine Existenz freiwillig aufs Spiel setzen solle. Wer diese Forderung stellt und wer einseitig nur die israelischen Verteidigungs- und Vorbeugungsmaßnahmen verurteilt, nicht aber wenigstens gleichermaßen die sie veranlassenden arabischen Aggressionsakte, bestärkt damit jene Kräfte, die sich erneut in den Wahn hineinsteigern, Israel vernichten zu müssen. Solange Israel jederzeit auf einen Angriff vorbereitet sein muß, ist schwerlich zu erwarten, daß es seine jetzt relativ günstigeren Verteidigungslinien preisgibt.

5. Der Weg zu einer dauerhaften Friedenslösung führt nicht über Krieg und Terror, führt nicht über opportunistische oder einseitig verurteilende Resolutionen, führt nicht über einseitige Vorleistungen und vorbehaltlose Annektionen. Der Weg zum Frieden führt über die Bereitschaft der Mächte, neuerlichen Bedrohungen der israelischen Existenz entgegenzutreten, und führt über die Friedensbereitschaft auch der arabischen Welt zur gemeinsamen Hinwendung auf die wirklichen Zukunftsaufgaben im Nahen Osten.

Unabhängig davon, ob man die Politik Israels im einzelnen billigen will oder nicht, kann es für Deutsche keine Alternative geben zu der Notwendigkeit, sich solidarisch zu bekennen zu dem Recht des jüdischen Volkes, frei und in Frieden in seiner Heimstätte Israel zu leben. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft appelliert deshalb an die Einsicht aller demokratischen Bürger und Kräfte in Deutschland, sich dieser grundsätzlichen Solidarität mit Israel nicht zu verschließen, sondern ihr, wenn immer es nötig ist, offen Ausdruck zu geben.“

7 „Shalom Israel“

Bericht über eine Israel-Woche der Kath. Jungmännergemeinschaft Offenburg vom 11. bis 15. Dezember 1968

Von Johannes Schulze jun., Offenburg

Ein Blick auf die weltpolitische Lage um die Jahreswende zeigt die fast beängstigende Aktualität der letzten Aktion der Katholischen Jungmännergemeinschaft der Offenburger Dreifaltigkeitspfarre. Und das im tiefsten unbeabsichtigt. Grund für die Israel-Woche im Dezember war vielmehr der dreißigste Jahrestag des Pogroms vom